



no. 4p.
4.2

SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT
IN OESTERREICH

WIEN III, 29. Januar 1947.

Prinz Eugenstrasse 7
U 14-3-73
Telephon Nr. U 11-3-42

Aktenzeichen: Unser III/La.
Ihr

*return
14. II. 47. / 89.*

Herr Bundesrat,

Ich beehre mich, Ihnen folgenden Bericht über die gegenwärtige Situation in Österreich zu geben.

Die allgemeine materielle Notlage hat in den letzten Wochen einen Höchststand erreicht. Man ist sich darüber einig, dass der Monat Januar dem österreichischen Volk die seit Jahrzehnten härteste Prüfung auferlegt hat. Der plötzliche Kälteeinbruch enthüllte den Mangel an Reserven auf allen Gebieten. Die Stromversorgung setzte in Wien und dann auch in den Ländern aus, und nur mit grösster Mühe konnten die zum weiteren Betrieb der kalorischen Kraftwerke notwendigen Kohlen bereitgestellt werden. Nur zu bestimmten Zeiten erhalten die Haushaltungen Gas, und auch dann mit ganz geringem Druck. Die ungenügende Kohlenversorgung des Landes wirkt sich überall katastrophal aus. Die Eisenbahnen mussten weitgehend den Betrieb einstellen, und schliesslich sah sich die Regierung genötigt, sämtliche Industriewerke stillzulegen. Die von Polen und der Tschechoslovakei zugesagten Kohlenlieferungen trafen nur in beschränkten Mengen ein, trotz grosser Bemühungen des kommunistischen Energieministers Dr. Altmann.

Man kann unter diesen Umständen der Bevölkerung nur Bewunderung zollen, die bei völlig unzureichender Ernährung und Heizung zäh durchhält. In einem mit der Frage "am Tiefpunkt des Elends?" überschriebenen Aufsatz wandte sich die "Presse" gegen die zunehmende "verzweiflungsvolle Gleichgültigkeit" der breiten Massen und verwies auf die

Eidg. Politisches Departement,

B e r n .

Es wird gebeten: Anfragen das Rückporto beizufügen.
Unsere Aktenzeichen zu wiederholen.



- 2 -

vielen Anzeichen des fortschreitenden Wiederaufbaues, dessen Auswirkungen allerdings erst später in Erscheinung träten. Am 15. Januar hat die Bundesregierung einen Aufruf ans österreichische Volk erlassen und ihm Mut und Zuversicht zugesprochen. Österreich dürfe nicht scheitern, alles Trennende müsse in diesen harten Tagen beiseitegestellt werden.

Nacheinem von der Regierung an den Alliierten Rat gerichteten Appell erklärte dieser sich bereit, auf einen Teil der Kohlenquote zu verzichten und ihn zur Verhütung der drohenden Katastrophe zur Verfügung zu stellen. Tatsächlich konnte auf diese Weise das Stromgleichgewicht hergestellt und der Bahnverkehr wieder aufgenommen werden.

Von den Ereignissen der Innenpolitik interessiert nach wie vor am meisten das neue Nationalsozialistengesetz. Nach Berücksichtigung der von den Alliierten geforderten Abänderungen soll es nun am 5. Februar dem Nationalrat zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden. Die österreichische Volkspartei (OeVP) wie die sozialistische Partei (SPOe) haben sich in bemerkenswerten Erklärungen von den neuen Verschärfungen distanziert und in gewissem Sinne die Verantwortung für die hieraus entstehenden Folgen abgelehnt. Bundespräsident Dr. Renner betonte in seiner Neujahrsrede, dass er keinen "Ostrazismus" kenne und sich eine weitgehende Anwendung des Gnadenrechtes vorbehalte. Am 11. Januar forderte die Bundesparteileitung der OeVP die Regierung auf, "nochmals an den Alliierten Rat heranzutreten, um das Gesetz den Notwendigkeiten einer echten Bereinigung der Nazifrage durch die Beseitigung der grössten Härten anzupassen". Es müsse "den in der ganzen Welt geltenden Grundsätzen, dass Recht auch Recht bleiben und nur nach Recht und Gerechtigkeit geurteilt werden soll, zu Geltung verholfen werden" ("Kleines Volksblatt" vom 11. Januar 1947). Vizekanzler Dr. Schärf, welcher der sozialistischen Partei angehört, erklärte am 15. Januar in einer öffentlichen Versammlung, es

- 3 -

sei nötig einen deutlichen Trennungsstrich zwischen den wirklich schuldigen Nationalsozialisten und den blossen Mitläufern zu ziehen. Die Einrichtung von "Anhaltelagern" - eine der von den Alliierten geforderten Verschärfungen - stände im Widerspruch zu deren eigenen Verfassungen. Weiter sagte er: "Wir können uns dem Verlangen der Besatzungsmächte nicht widersetzen; aber wir wollen feststellen, dass die Sozialistische Partei nur für jene Massnahmen gegen die Nazi die Verantwortung trägt, für die ihre Vertreter bei der ersten Beratung des Gesetzes gestimmt haben. Für alles, was darüber hinausgeht, sind natürlich diejenigen verantwortlich, welche die Aenderung des Gesetzes veranlasst haben".

Einer meiner Mitarbeiter hatte Gelegenheit, hierüber mit Ministerialsekretär Dr. Peterlunger vom Bundesministerium des Innern - einer der leitenden Persönlichkeiten der Staatspolizei - eingehend zu sprechen. Seiner Ansicht nach sind generelle Massnahmen gegen die Nazi heute zu spät und bewirken im Volk eine ähnliche Einstellung, wie sie bei den Judenverfolgungen festzustellen war: Ärger und Mitgefühl. Es sei wichtig, dass der Einzelne das Angstgefühl verliere und Vertrauen zum Staate gewinne. Er-, Peterlunger, sei selber lange in Haft gewesen und wisse, wie schwer die Auswirkungen auf Familie und Freunde seien. Es gäbe für diese von dem Augenblick an nur noch Hass und Ablehnung gegen den "Unterdrücker Staat", gleichgültig, ob dieser seinen Gesetzen zufolge ein Recht zur Verhaftung hatte oder nicht. Leider erinnere vieles heute an die Methoden der Nazizeit. Die Gefängnisse seien überfüllt, die Häftlinge ^{hätten} nichts zu essen und frören, unermessliches Leid sei auf unschuldige Frauen und Kinder gehäuft worden, deren Angehörige wegen irgend einer Denunziation eines neidischen Nachbarn seit Monaten in Haft seien. Die führenden Beamten der Staatspolizei, der Innenminister Helmer

- 4 -

und sein Staatssekretär Graf inbegriffen, ständen in einem ständigen Gewissenskonflikt, indem sie genötigt seien, Massnahmen anzuwenden, deren Unrichtigkeit sie klar erkannten. Man versuche nach Möglichkeit, Härten auszugleichen, doch stiessen gerade in Wien solche Versuche wegen der kommunistischen Leitung der Wiener Polizei auf Schwierigkeiten. Die einsichtigen Elemente in der Kommunistischen Partei begriffen jedoch allmählich, wie sehr eine solche "Entnazifizierung" einem neuen Nazitum den Boden bereite.

Mein Mitarbeiter hatte Gelegenheit, bei einem Gespräch mit dem kommunistischen Stadtrat Matejka die Richtigkeit dieser Ansicht festzustellen. Allgemein herrscht die Meinung, dass die Regierung genötigt sein werden, nach Unterzeichnung des Staatsvertrages eine grosszügige Amnestie zu erlassen, um die schlimmsten Härten des Gesetzes unwirksam zu machen. Es sei in diesem Zusammenhang auf einen aufschlussreichen Aufsatz des Chefredakteurs der "Arbeiterzeitung", Dr. Oscar Pollak, verwiesen, dessen Ausführungen richtungsweisend sind (siehe beiliegenden Ausschnitt der "Arbeiterzeitung" vom 19. Januar 1947).

Weiter ist der Wechsel in der Leitung des Ernährungsministeriums festzuhalten. Bundesminister Dr. Frenzel, der sehr gut mit den schweizerischen Hilfsorganisationen zusammengearbeitet hatte, wurde laut amtlichen Erlass vom 12. Januar durch Direktor Otto Sagmeister ersetzt, der jahrelang verschiedene Konsumvereine leitete und als guter Kenner des Nahrungsmittelgewerbes gilt. Dieser Wechsel gab den Kommunisten neuerdings Anlass, der Regierung Vorwürfe zu machen, da sie den Forderungen von Dr. Frenzel nach Vereinheitlichung der Ernährungswirtschaft nicht entsprochen und ihn so zum Rücktritt gezwungen habe - nachdem die gleiche Partei vorher besonders das Ernährungsministerium wegen seiner "ungenügenden Versorgungspolitik" scharf angegriffen hatte. Gleichzeitig ernannte der Bundespräsident einen neuen Minister ohne Portefeuille, Erwin Altenburger, und ersetzte

- 5 -

den Staatssekretär im Ministerium für Vermögenssicherung Franz Rauscher durch den Präsidenten der Arbeiterkammer, Karl Mantler. Die kommunistische Presse knüpfte an dieses Revivement die Folgerung, nur Neuwahlen könnten den ständigen Veränderungen im Regierungskörper und den unschwer festzustellenden Spannungen ein Ende setzen.

Der Ruf nach Neuwahlen - wogegen sich die ÖVP und die SPÖ einmütig ausgesprochen haben - bewegt die Gemüter weniger als gewisse Bestrebungen, die auf die Schaffung einer vierten Partei hinzielen. Die "Arbeiterzeitung" hat es zum ersten Mal deutlich ausgesprochen, dass heute noch weite Kreise dem politischen Leben fernständen und keinem der drei Parteiprogramme beizupflichten vermöchten. Ein gesundes demokratisches Leben verlange, dass diesen stimmfähigen Bürgern Gelegenheit geboten werde, die ihnen gemässe Volksvertretung zu wählen. Das heutige Parteiensystem enthalte deutliche Charakterzüge einer Dreiparteiendiktatur, die notgedrungen eine anonyme Gegnerschaft im Volk hervorrufen müsse. Die Sozialistische Partei glaubt es sich gestatten zu können, eine solche Neugründung zu befürworten, nachdem sie sich einerseits ihrer Anhänger - wohl nicht zu unrecht - am sichersten wähnt und von dieser vierten Partei besonders auf sozialem Gebiet eine Verstärkung ihrer Front erhofft. Ohne Zweifel erstreben heute sehr viele eine durchgreifende Sozialisierung, ohne der immer noch marxistisch betonten Sozialistischen Partei ihr Vertrauen schenken zu können. Es zeugt für deren Weitblick, dass ihr Zentralorgan selber die Berechtigung einer solchen neuen Gruppierung anerkennt. Diese Pläne werden jedoch wohl erst nach Abzug der Besatzungstruppen und nach Einkehr geordneter demokratischer Verhältnisse Gestalt annehmen können. Das Problem der "Partei der Nichtwähler" - auch im Zusammenhang mit den zu den Wahlakten zugelassenen "minderbelasteten Nationalsozialisten" - beschäftigt je-

- 6 -

doch schon heute recht lebhaft die Öffentlichkeit.

Im Augenblick sind alle Augen nach London gerichtet, wo die für Österreich entscheidenden Verhandlungen sich abspielen, von deren Ergebnis man ein fruchtbringendes politisches und wirtschaftliches Leben für die Zukunft erwartet.

Die Regierungserklärung vom 15. Januar hat einmütige Zustimmung gefunden. Man begrüsst es, dass der Bundeskanzler vor aller Welt in diesen 16 Punkten das österreichische Programm verkündet hat. Wenn die Alliierten nicht einsehen sollten, dass dessen Erfüllung eine conditio sine qua non des neuen Staates ist, so wären die Bemühungen um die Schaffung eines unabhängigen und lebensfähigen Österreichs zum vornherein zu einem Misserfolg verurteilt. Mit Spannung werden die Verhandlungen verfolgt. Ich greife hier die wichtigsten Fragen heraus.

Die Ablehnung der jugoslawischen Forderungen ist einstimmig. Die Kommunisten haben sich aus ihrem Dilemma in der Weise herauszuretten versucht, dass sie die Schuld am Gang der Dinge auf die Regierung wälzen, die es unterlassen habe, eine vernünftige Verständigungspolitik mit Jugoslawien zu betreiben, und diesen Staat unnötig gereizt habe. Das österreichische Memorandum gibt hierauf eine eindeutige sachliche Antwort.

Mit gedämpftem Optimismus erwartet man die Verhandlungen um das sogenannte deutsche Eigentum. Einer meiner Mitarbeiter konnte den zuständigen Referenten, Ministerialrat Dr. Hintze, kurz vor seiner Abreise nach London hierüber befragen. Dieser antwortete, Ausgangspunkt bleibe für die österreichische Delegation die Regierungserklärungen vom Sommer vergangenen Jahres, wonach nur jene Unternehmen als deutsches Eigentum bezeichnet werden könnten, die vor dem 13. März 1938 reichsdeutsch

- 7 -

gewesen seien. Für alle nachher getroffenen Massnahmen müsse die österreichische Regierung die Verantwortung ablehnen, entsprechend Punkt 13 der Regierungserklärung vom 15. Januar. Es sei in letzter Zeit versucht worden, mit den Russen in Verhandlungen einzutreten, nachdem sich bei ihnen ein gewisses Entgegenkommen gezeigt habe. Die österreichischen Vorschläge seien aber alle unbeantwortet geblieben. Nun sei man froh, dieses Problem vor dem Londoner Forum diskutieren zu können.

Auf die Frage meines Mitarbeiters, ob sich die österreichische Delegation bereit finden würde, gewisse Mehrwerte herauszugeben, die sich aus deutschen Investitionen und Produktionssteigerungen ergeben hätten, erklärte Dr. Hintze, dass dies nur nach eingehender Prüfung jedes einzelnen Falles denkbar sei. Es müsse dann nämlich festgestellt werden, woher der Mehrwert stamme, ob die Investitionen nicht einfach Vermögen enteigneter österreichischer Firmen darstellten und ob sie nicht aus erhöhten Steuerleistungen des österreichischen Volkes herührten. Zudem stelle sich die Frage der österreichischen Reparationsforderungen gegenüber Deutschland. Die Delegation sei bereit, an eine Ausscheidung der österreichischen und deutschen Wirtschaftskörper heranzutreten, obwohl dies bei ihrer langjährigen Verschmelzung eine recht mühsame Angelegenheit sein werde. Aber sie müsse darauf bestehen, dass Österreich gelassen werde, was ihm tatsächlich gehöre. Wenn sich die Alliierten einig seien, dass Österreich nicht reparationspflichtig sei, so müsse sich die Regierung dagegen verwahren, nun für die Reparationen Deutschlands aufkommen zu müssen.

Dr. Hintze meinte, dass die Westalliierten diesen Argumenten nicht unsympathisch gegenüberständen, da sie wohl wüssten, auf welch schwachen Füßen die österreichische Wirtschaft ohne Zistersdorf und die Industrie N,ederösterreichs stehen würde. Von alliierter Seite

- 8 -

hörte mein Mitarbeiter, dass ein Rückkauf der Zistersdorfer Ölfelder mit Hilfe amerikanischen Kapitals erwogen werde, was eine einfache Handänderung darstellen würde.

Die Öffentlichkeit erhofft auch eine Klärung der Frage der "Displaced Persons", deren Zahl in ganz Österreich mit ungefähr 540'000 angegeben wird. Diese Menschen bereiten dem Land viel Sorge. Sie stammen vorwiegend aus den östlichen Staaten und wünschen meist aus politischen Gründen nicht in ihre Heimat zurückzukehren, was eine Quelle ständiger Vorwürfe von seiten der russischen Besatzungsmacht ist. Die ausser-österreichischen Länder werden nur einen Teil aufnehmen können, sodass sich die Regierung vor der Notwendigkeit sieht, einer grossen Zahl dieser Zugewanderten Niederlassung und mit der Zeit vielleicht auch das Bürgerrecht zu gewähren. Die amerikanische Delegation in London soll solche Pläne hegen. Es braucht nicht näher erläutert zu werden, welche Probleme diese Lösung innerpolitisch aufwerfen würde. Wie stände es z.B. mit der Anwendung des Nationalsozialistengesetzes gegenüber Leuten, die in ihrer Heimat als Faschisten gebrandmarkt werden und wohl teilweise auch mit den Regierungen zur Zeit der deutschen Besatzung zusammengearbeitet haben? Der heutige Zustand ist vom Ernährungsstandpunkt betrachtet unerträglich. Zudem hat die Kriminalität durch die Anwesenheit dieser Leute einen erschreckenden Grad erreicht. Die österreichische Delegation hofft, dass die alliierten Vertreter in London diesen Schwierigkeiten Rechnung tragen werden. Die sehr entschiedenen Erklärungen der britischen Unterhausmitglieder vom 28. Januar bedeuten für die österreichische Delegation eine äusserst wichtige Unterstützung.

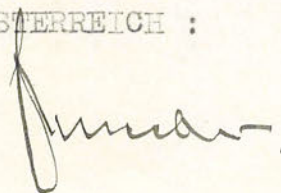
Die Nachrichten mehren sich, dass gegenwärtig zahlreiche russische Truppeneinheiten abgezogen werden. Zuverlässige Meldungen hierüber stammen aus der Gegend zwischen Wien und der ungarisch-tschechoslovakischen Grenze.

- 9 -

Die Truppen sollen bis zum Abschluss des Staatsvertrages auf die Hälfte vermindert werden. Dies bedeutet, dass etwa 40'000 bis 50'000 Mann hier bleiben werden, eine Zahl, die immer noch erheblich über denen der andern Besatzungsmächte liegt. Der amerikanische Oberkommandierende General Keyes, der Nachfolger von General Clark, hat gerade kürzlich erklärt, dass in Österreich nicht mehr als 10'000 amerikanische Soldaten seien. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Engländern und Franzosen. Auch hier hofft man auf eine endgültige Regelung im Staatsvertrag.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE GESANDTE
IN ÖSTERREICH :



Beilagen: Wiener Zeitung vom 16. Januar 1947.
Arbeiter Zeitung vom 19. Januar 1947.